Auf der afrikanischen Seite der Straße von Gibraltar trennt eine schmale Grenze Marokko von einem Stück Spanien. In der Nacht des 29. Juli brach diese Grenze zusammen. Zehntausende junger Männer strömten auf dem Land- und Seeweg nach Ceuta, nachdem im Internet Behauptungen kursierten, der Grenzübergang sei geöffnet worden. Am Morgen wurden Leichen aus dem Wasser gezogen und beim Grenzzaun geborgen. Doch wie kam es zu dieser Katastrophe und was ist die Vorgeschichte? Eine Untersuchung von **Freddie Ponton**, aus dem Englischen übersetzt von **Maike Gosch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260808_Der_Sturm_auf_Ceuta_Anatomie_einer_herbeigefuehrten_Krise_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Es sah nach Chaos aus, kam jedoch nicht ohne Vorwarnung. Seit Jahren hatten israelische und amerikanische Politiker Spanien wegen des Gazastreifens bedroht, seine Souveränität in Nordafrika in Frage gestellt und Ceuta als Druckmittel dargestellt. Monate vor der Grenzüberquerung veröffentlichte ein ehemaliger Pentagon-Berater die Vorgehensweise fast genau so, wie sie sich später abspielte, und forderte Marokko auf, einen unbewaffneten Massenmarsch in die Stadt zu schicken, während die NATO tatenlos zusah.

Diese Untersuchung folgt den Spuren, die der Menschenmenge vorausgingen – durch israelische Drohungen, Druck aus Washington, marokkanische Lobbyarbeit, militärische Abkommen und eine digitale Mobilisierung, die Zehntausende Menschen an eine der am stärksten exponierten Grenzen Spaniens brachte. Der Zaun gab erst nach, nachdem mächtige Interessengruppen jahrelang genau dargelegt hatten, was Spaniens Kontrollverlust über Ceuta bewirken könnte.

In der Nacht vom 29. Juli 2026 überquerten schätzungsweise 70.000 Menschen, überwiegend junge Männer, innerhalb von weniger als 48 Stunden die Grenze von Marokko in die spanische Stadt Ceuta. Mindestens 88 Menschen starben am Grenzzaun und im Wasser; eine Zahl, die die spanischen Behörden und Nachrichtenorganisationen in den folgenden Tagen wiederholt nach oben korrigierten. Das marokkanische Innenministerium bezifferte die Zahl auf elf, während die Marokkanische Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) schätzte, dass fast 130 Menschen ums Leben gekommen seien. Mehr als tausend Menschen benötigten medizinische Versorgung, doch auch Tage später gab es noch immer keine einheitliche Angabe darüber, wie viele Menschen bei der Überquerung ihr Leben

verloren hatten.

Marokkanische Polizeikräfte waren entlang der Route in sichtbarer Zahl präsent. Bereits innerhalb weniger Stunden kursierten Videos, die zeigten, wie Beamte die vorbeiziehenden Menschenmassen beobachteten und in einigen Fällen die Menschen offenbar zu den Grenzübergängen leiteten, anstatt sie aufzuhalten. Bis zum Wochenende hatten von internationalen Nachrichtenagenturen veröffentlichte Zeugenaussagen dazu geführt, dass diese Bilder kaum noch zu leugnen waren. Mehrere Menschen, die Ceuta erreichten, berichteten, marokkanische Beamte hätten ihnen gesagt: „Geht in diese Richtung“ oder „Kommt nach Spanien“.

Die Kräfte, die in der Lage gewesen wären, den Zustrom zu stoppen, fehlten nicht. Sie waren entlang der Route präsent, als Zehntausende auf die Grenze zuströmten. Damit verlagert sich der Schwerpunkt der Untersuchung weg von der Frage, wie Marokko die Kontrolle über den Grenzübergang verlor, hin zu den Hinweisen darauf, dass in den entscheidenden Stunden, in denen die Bewegung an Dynamik gewann, die Kontrolle bewusst unterlassen wurde.

Innerhalb eines Tages erklärte die spanische Regierung, die Situation habe sich fast vollständig umgekehrt, da der Großteil der Menschenmenge freiwillig nach Marokko zurückgekehrt sei. Nach Angaben des spanischen Regierungsbeauftragten in Ceuta, Miguel Ángel Pérez Triano, vom 3. August 2026 hielten sich noch etwa 2.500 irreguläre Migranten in der Stadt auf – eine Zahl, die nach Angaben des Innenministeriums die Aufnahmekapazitäten Ceutas überstieg.

Das spanische Innenministerium würdigte die marokkanischen Behörden für ihre „vertrauensvolle und durchgehende“ Zusammenarbeit und dafür, dass sie die Ankunft noch größerer Menschenmengen verhindert hätten. Die marokkanische Botschaft in Madrid bezeichnete die Zusammenarbeit als „vorbildlich“. Ungenannte marokkanische diplomatische Quellen teilten *Euronews* in derselben Woche mit, dass die Unterstützung vor Ort tatsächlich „begrenzt und unzureichend gewesen sei, um den Druck einzudämmen“. Beide Darstellungen bezogen sich auf denselben Zeitraum von 48 Stunden, deuten jedoch in unterschiedliche Richtungen.

Washington richtete seine Kritik nicht gegen Rabat. Erklärungen von US-Beamten und verbündeten Kommentatoren in den folgenden Tagen konzentrierten sich stattdessen auf Madrid, insbesondere auf die Haltung des spanischen Regierungschefs Pedro Sánchez zu Gaza, Spaniens Weigerung, den Vereinigten Staaten während des Iran-Einsatzes die Nutzung seiner Luftwaffenstützpunkte zu gestatten, sowie auf die allgemeine Haltung der

Regierung gegenüber Israel. Das US-Außenministerium verschärfte seine Reisewarnung für Ceuta, während amerikanische Kommentatoren die Krise als Folge des Versagens Spaniens darstellten, seine Grenzen zu sichern. (s. hierzu unseren Artikel „Ceuta – an Pedro Sanchez wird ein Exempel statuiert“ von Jens Berger)

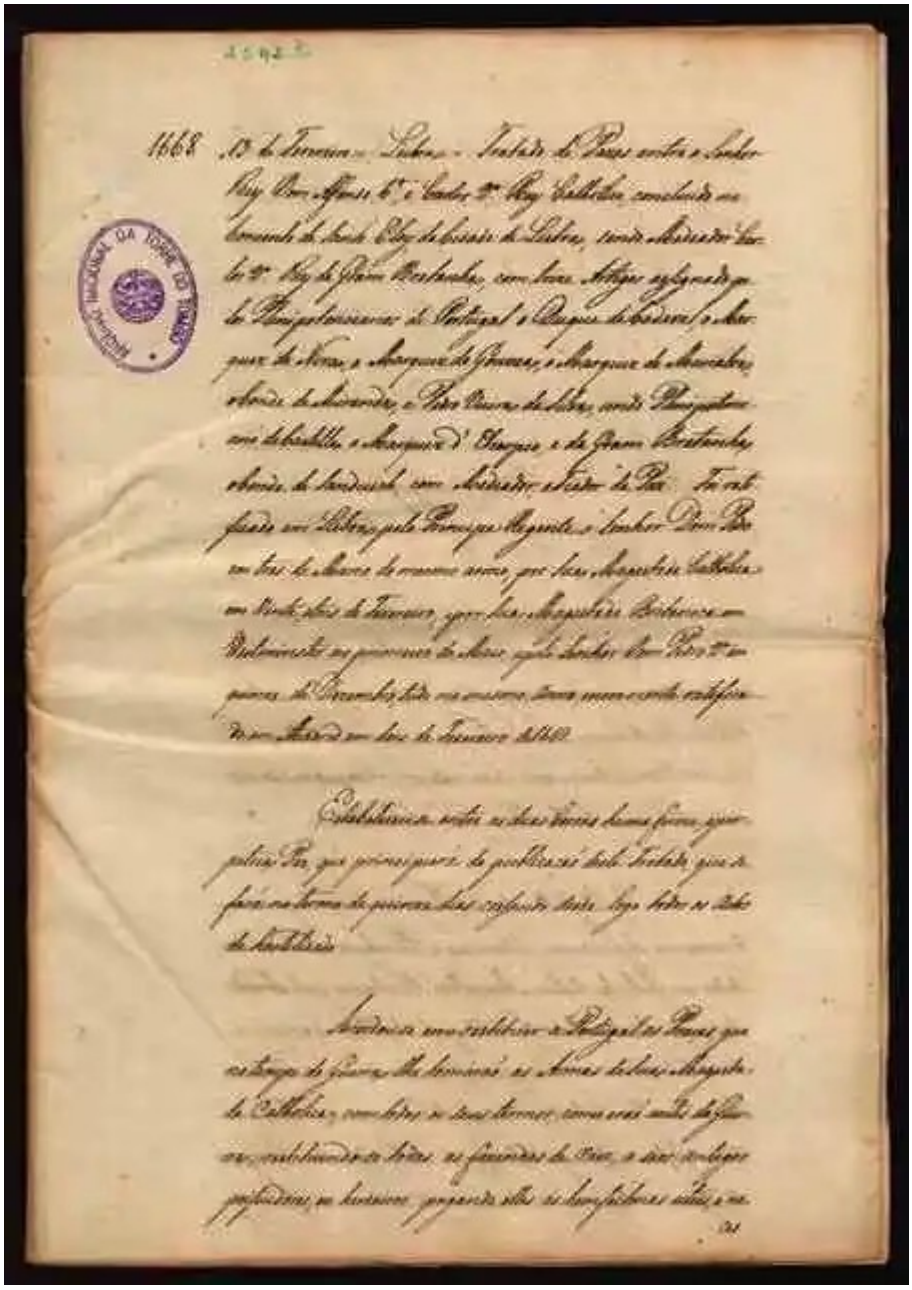
Marokko, dessen Regierung die Grenze kontrollierte, über die die Menschenmassen strömten, sah sich keiner vergleichbaren öffentlichen Kritik aus Washington ausgesetzt. Auch aus Jerusalem kam keine Kritik. Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Danny Danon, nutzte die Krise, um Ceuta und Melilla als „koloniale Enklaven“ [Anm. d. Red.: Es handelt sich um spanische Exklaven.] zu bezeichnen, zu denen Spanien Rechenschaft ablegen müsse, bevor es anderen Vorträge halte. Spaniens Verkehrsminister Óscar Puente entgegnete: „Nun, die Dinge werden langsam ziemlich klar.“

Diese Reaktion bewahrte Marokko nicht nur vor genauerer Prüfung. Sie lenkte die Verantwortung auf Spanien um und ordnete die Krise in die Argumente ein, die Washington und Jerusalem bereits seit Monaten gegen Sánchez vorgebracht hatten. Der Grenzübertritt hatte weniger als 48 Stunden gedauert, doch die politischen Argumente, mit denen er erklärt wurde, waren schon lange vor dem Eintreffen der ersten Menschenmassen in Ceuta zusammengetragen worden.

Eine durch einen Vertrag festgelegte Grenze, nicht durch Eroberung

Der Status von Ceuta ist eindeutig. Portugal eroberte die Stadt 1415, und Spanien erlangte die Souveränität im Rahmen des Vertrags von Lissabon im Jahr 1668. Im Jahr 1860 unterzeichnete das marokkanische Sultanat den Vertrag von Wad-Ras, der die heutigen Grenzen von Ceuta festlegte und die spanische Souveränität über das Gebiet formell anerkannte. Das unabhängige Königreich Marokko entstand erst 1956, fast ein Jahrhundert, nachdem das Sultanat diese Anerkennung unterzeichnet hatte, und mehr als 500 Jahre, nachdem Ceuta erstmals in europäische Hände übergegangen war.

Der heutige marokkanische Anspruch ergibt sich daher nicht aus einem ungelösten Akt der Entkolonialisierung. Er verlangt, dass eine von Marokkos eigenem Vorgängerstaat anerkannte Souveränität so behandelt wird, als hätte diese Anerkennung nie stattgefunden. Ceuta als „koloniale Enklave“ zu bezeichnen, löst diesen Widerspruch daher nicht. Tatsächlich verschleiert es ihn.



Durch den Vertrag von Lissabon von 1668 wurde Ceuta an Spanien übertragen (Quelle: Wikimedia Commons)

Eine sieben Jahre im Voraus geäußerte Drohung

Am 25. Mai 2019 veröffentlichte Yair Netanjahu, der Sohn des israelischen Ministerpräsidenten, eine Karte der spanischen Besitzungen in Nordafrika – Ceuta, Melilla und die Inseln im Alborán-Meer – mit folgender Bildunterschrift: „Liebe Araber und Muslime. Wollt ihr besetzte arabisch-islamische Gebiete befreien? Hier ist ein guter

Anfang.“

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Dear Arabs and Muslims. Want to free occupied Arab Islamic lands? Here’s a good start! pic.twitter.com/Ci5R0dOXN7
>
> — Yair Netanyahu (@YairNetanyahu) May 25, 2019

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Als spanische Nutzer darauf reagierten, formulierte er den Tauschvorschlag ausdrücklich und schlug vor, dass Israel die Finanzierung von NGOs einstellen würde, die Spanien zur Abgabe von Ceuta und Melilla auffordern, wenn Spanien im Gegenzug die Finanzierung von NGOs einstellen würde, die Israel zur Abgabe von Judäa und Samaria auffordern. Die *Times of Israel* beschrieb diesen Austausch später als direkte Verknüpfung zwischen palästinensischer Interessenvertretung, NGO-Finanzierung und der Übergabe von Ceuta und Melilla an Marokko. Dieser Austausch fand sieben Jahre, bevor Zehntausende Marokkaner nach Ceuta einmarschierten, statt.

Das gleiche Argument kam später von jemandem, der tatsächlich ein Amt bekleidete. Im September 2025, nachdem Spanien Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich wegen ihrer Haltung zu Gaza die Einreise verweigert hatte, forderte Ben Gvir Spanien öffentlich auf, „den Menschen aus Gaza freien Einlass zu gewähren“. Zehn Monate später, als Zehntausende nach Ceuta strömten, veröffentlichte er einen Beitrag auf Spanisch, um Sánchez zu seinem „tiefen Engagement für die Aufnahme von Einwanderern und die menschliche Vielfalt“ zu gratulieren. Dann formulierte er die Forderung ausdrücklich: „Als jemand, der große Sorge um die Hamas und die Bewohner von Gaza zeigt, fordere ich Sie auf, Worte in Taten umzusetzen: Öffnen Sie die Türen Spaniens und gewähren Sie den Bewohnern von Gaza Zuflucht.“

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Mis felicitaciones al Presidente del Gobierno de España, Pedro Sánchez, por su profundo compromiso con la acogida de la inmigración y la "diversidad humana". Como alguien que demuestra una gran preocupación por Hamás y los residentes de Gaza, le llamo a traducir las palabras en…
>
> — □□□□ □□ □□□□□ (@itamarbengvir) July 31, 2026

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Zu diesem Zeitpunkt wurde Migration nicht mehr als hypothetische Antwort auf die spanische Politik herangezogen. Ben Gvir nutzte einen tatsächlichen Massenüberlauf auf spanisches Territorium, um eine Maßnahme zu wiederholen, die er zehn Monate zuvor vorgeschrieben hatte. Ceuta war zum Schauplatz geworden, an dem jahrelange israelische Rhetorik, die Spaniens territoriale Integrität, seine Unterstützung für Palästina und die Fluchtbewegungen von Vertriebenen miteinander verknüpfte, in einer einzigen politischen Botschaft zusammengeführt wurde.

Die Kampagne, die der Menschenmenge vorausging

Am 12. März 2026 veröffentlichte Michael Rubin, Senior Fellow am American Enterprise Institute (AEI) und am Middle East Forum, einen Kommentar, in dem er argumentierte, dass Ceuta und Melilla besetztes marokkanisches Gebiet seien und dass Spanien als Kolonialmacht kein Recht habe, Israel zu kritisieren. Vier Tage später, am 16. März, veröffentlichte Rubin einen zweiten Beitrag, in dem er vorschlug, Marokko solle einen neuen „Grünen Marsch“ organisieren – in Anlehnung an den Namen der zivilen Massenüberquerung in die Westsahara im Jahr 1975. Diesmal war der Vorschlag konkret: Unbewaffnete marokkanische Zivilisten sollten mit Bulldozern auf Ceuta und Melilla vorrücken, die Grenzzäune durchbrechen und die marokkanische Flagge hissen. Rubin argumentierte, dass die Beistandsklausel der NATO nicht greife, da die Exklaven außerhalb Europas und Nordamerikas lägen.

Neun Tage nach Rubins zweitem Gastbeitrag argumentierte der marokkanische Journalist Amine Ayoub in dem israelischen Medium *Ynet,* dass Israel Marokko für die Abraham-Abkommen belohnen und Spanien für seine Haltung zu Palästina bestrafen sollte, wobei Ceuta und Melilla als Mittel dienen sollten. Der Artikel stützte sich direkt auf Rubins Argumentation.

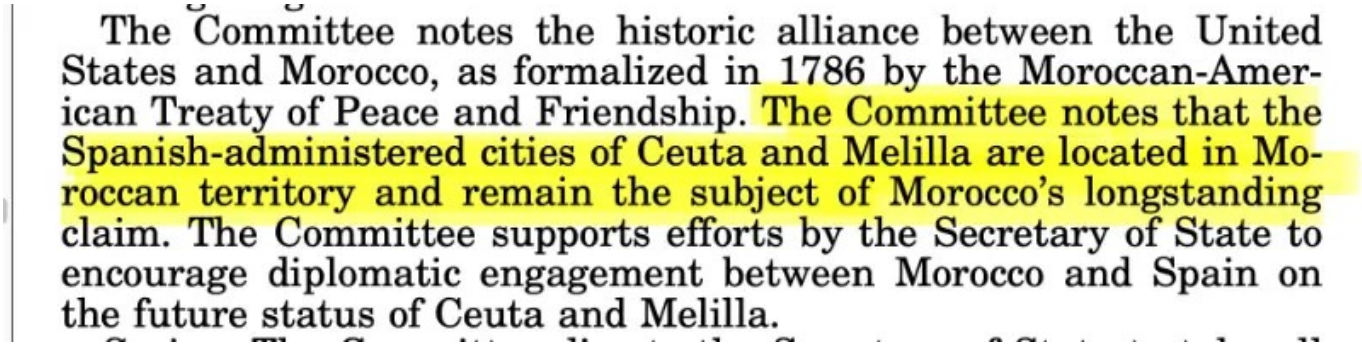
Innerhalb von vier Tagen hatte sich die Argumentation von dem Versuch, Spanien die Legitimität abzusprechen, hin zur Darlegung einer Methode zur Durchbrechung seiner Grenze verschoben. Das vorgeschlagene Mittel war nicht das marokkanische Militär, sondern eine zivile Massenbewegung, die auf die Zäune abzielte – unter der Annahme, dass Spanien bei dieser Konfrontation allein gelassen würde. Vier Monate später zogen Zehntausende Zivilisten in Richtung Ceuta, die marokkanischen Sicherheitskontrollen brachen zusammen, und Spanien sah sich genau dem Dilemma gegenüber, das Rubins Vorschlag vorausgesehen hatte.

Spanische Zeitungen griffen die Artikel innerhalb weniger Tage auf und ordneten sie in einen breiteren, marokkofreundlichen Trend in Washington ein, wobei sie das Middle East Forum, das American Enterprise Institute, das Hudson Institute und das Moroccan American Center for Policy nannten. Letzteres wird vom Königreich Marokko finanziert, und spanische Berichte beschrieben, dass es Berichte, Veranstaltungen und Meinungsbeiträge finanziere, die Rabats Argumente gegen Spanien untermauerten.

Am 3. April, drei Wochen nach Rubins zweitem Artikel, erklärte der Abgeordnete Mario Díaz-Balart, damals Vorsitzender des Unterausschusses für Haushaltsfragen des Repräsentantenhauses, der die Mittelzuweisungen für das Außenministerium überwacht, gegenüber *El Español*, dass Ceuta und Melilla „nicht zum geografischen Hoheitsgebiet Spaniens“, sondern „zum Hoheitsgebiet Marokkos“ gehörten und dass ihr Status zwischen den Verbündeten ausgehandelt werden sollte. Am 30. April legte sein Unterausschuss seinen offiziellen Bericht zum Haushaltsgesetz 2027 für das Außenministerium vor. Unter der Überschrift „Marokko“ heißt es darin, dass „die von Spanien verwalteten Städte Ceuta und Melilla auf marokkanischem Territorium liegen“, und der Außenminister wird aufgefordert, den diplomatischen Dialog zwischen Marokko und Spanien über deren künftigen Status zu fördern. Diese Formulierung kommt in H.R. 8595, dem vom Repräsentantenhaus verabschiedeten Gesetzentwurf, nicht vor, und der Ausschussbericht hat keine Rechtskraft. Seine Bedeutung liegt woanders.

Innerhalb von sieben Wochen, nachdem Rubin Ceuta und Melilla als besetztes marokkanisches Hoheitsgebiet bezeichnet hatte, hatte sich dieselbe territoriale Prämisse aus den Kommentaren in Washington in ein offizielles Dokument des Kongresses

eingeschlichen. Marokkos Anspruch war zwar nicht zu US-Recht geworden, hatte aber innerhalb des Apparats, der die US-Außenpolitik prägt, Fuß gefasst.

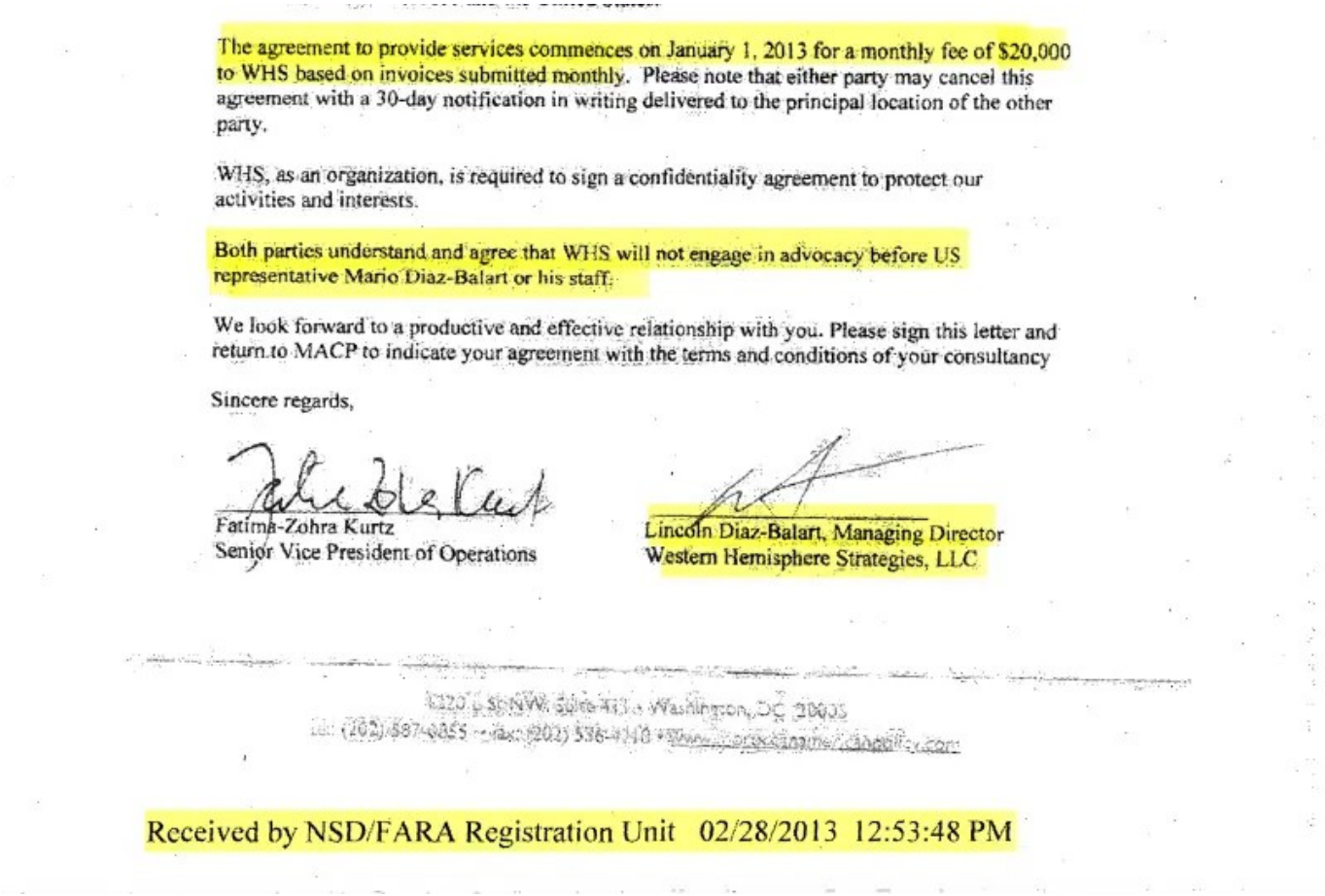


The Committee notes the historic alliance between the United States and Morocco, as formalized in 1786 by the Moroccan-American Treaty of Peace and Friendship. The Committee notes that the Spanish-administered cities of Ceuta and Melilla are located in Moroccan territory and remain the subject of Morocco's longstanding claim. The Committee supports efforts by the Secretary of State to encourage diplomatic engagement between Morocco and Spain on the future status of Ceuta and Melilla.

Der Bericht des Repräsentantenhauses Nr. 119-631 ordnet Ceuta und Melilla dem marokkanischen Hoheitsgebiet zu (Quelle: US-Kongress)

Díaz-Balarts Verbindung zu diesem Apparat erstreckt sich bis in seine eigene Familie. Sein Bruder, der ehemalige Kongressabgeordnete Lincoln Díaz-Balart, leitete die Firma „Western Hemisphere Strategies" (WHS), die zwischen 2012 und 2017 rund 1,2 Millionen Dollar vom „Moroccan American Centre for Policy" (MACP) erhielt, um „die Beziehungen zwischen Marokko und den Vereinigten Staaten positiv zu beeinflussen".

Das Unternehmen wurde für 20.000 US-Dollar pro Monat beauftragt, den Kongress und die Exekutive zu beraten und sich für engere Beziehungen zwischen den USA und Marokko einzusetzen. Der Vertrag verbot WHS ausdrücklich, Lobbyarbeit bei dem Abgeordneten Mario Díaz-Balart oder dessen Mitarbeitern zu betreiben, und erkannte damit schriftlich den Interessenkonflikt an, den diese Einschränkung eindämmen sollte.



The agreement to provide services commences on January 1, 2013 for a monthly fee of $20,000 to WHS based on invoices submitted monthly. Please note that either party may cancel this agreement with a 30-day notification in writing delivered to the principal location of the other party.

WHS, as an organization, is required to sign a confidentiality agreement to protect our activities and interests.

Both parties understand and agree that WHS will not engage in advocacy before US representative Mario Diaz-Balart or his staff.

We look forward to a productive and effective relationship with you. Please sign this letter and return to MACP to indicate your agreement with the terms and conditions of your consultancy

Sincere regards,

Fatima-Zohra Kurtz
Senior Vice President of Operations

Lincoln Diaz-Balart, Managing Director
Western Hemisphere Strategies, LLC

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2013 12:53:48 PM

Der MACP-Vertrag schloss Lobbyarbeit gegenüber dem Büro von Díaz-Balart aus. (Quelle: FARA-Meldung des US-Justizministeriums)

Das Büro von Mario Díaz-Balart hat bestritten, dass es irgendwelche Lobbykontakte mit seinem Bruder gegeben habe, und seine Unterstützung für Marokkos territoriale Positionen reicht mindestens bis ins Jahr 2011 zurück, also vor den Vertragsabschluss. Aus der Einreichung geht hervor, dass eine von Marokko finanzierte Interessenvertretung die Kanzlei seines Bruders bezahlte, um Einfluss auf die US-Politik zu nehmen, während Díaz-Balarts Kongressbüro formal hinter einer vertraglichen Schutzmauer abgeschirmt wurde. Jahre später war es Díaz-Balarts Unterausschuss, der Marokkos Anspruch auf Ceuta und Melilla in einen offiziellen Kongressbericht aufnahm.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete den umfassenderen Haushaltsentwurf am 15. Juli, elf Wochen, nachdem der Bericht mit diesem Wortlaut eingereicht worden war. Der Masseneinzug nach Ceuta begann 15 Tage später. Am 31. Juli stellte die Meinungsredaktion von *Al Jazeera* die Frage, ob Spanien bestraft werde, und wies darauf hin, dass pro-

israelische Stimmen in den Monaten vor dem Einzug „das Thema der Enklave auffällig zur Sprache gebracht“ hätten, wobei direkt auf Rubins Artikel verwiesen wurde. Spanische, englische und arabischsprachige Medien rekonstruierten in der Folge denselben zeitlichen Ablauf – von Yair Netanjahus Karte aus dem Jahr 2019 und Ben Gvirs Migrationsrhetorik über Rubins Artikel vom März 2026 und den Wortlaut des Berichts von Díaz-Balart bis hin zu den bereits bestehenden Verteidigungsbeziehungen zwischen Israel und Marokko.

Nichts davon kam erst nach der Grenzüberquerung ans Licht. Bevor die ersten Menschenmassen Ceuta erreichten, war die Souveränität Spaniens bereits in Frage gestellt worden, ein ziviler Marsch gegen seine Grenze war vorgeschlagen worden und Marokkos Territorialanspruch war in einen offiziellen Kongressbericht aufgenommen worden. Als es zur Grenzüberquerung kam, richteten Washington und Jerusalem ihre Kritik gegen Madrid, während Rabat weitgehend unberührt blieb. Der Druck war bereits vorhanden. Die Grenzüberquerung verlieh ihm Nachdruck.

Die Druckkampagne beschränkte sich nie nur auf zwei Männer

Der Vorschlag, Spanien als Washingtons militärischen Partner durch Marokko zu ersetzen, war bereits im Umlauf. Im Juni 2025 schrieb der pensionierte General Robert Greenway, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater unter Trump und Leiter des Allison Center der Heritage Foundation, auf *X*, es sei „an der Zeit, die NAS Rota und den Luftwaffenstützpunkt Morón … nach Marokko zu verlegen“. Bis April 2026 hatte sich dieses Argument näher an die Regierung herangeschoben. Nachdem Spanien sich geweigert hatte, die Iran-Kampagne zu unterstützen, forderte der kürzlich verstorbene Senator Lindsey Graham die Verlegung amerikanischer Stützpunkte aus Spanien in ein Land, das deren Nutzung zulassen würde. José Lev Álvarez, Autor beim Middle East Forum und ehemaliger Offizier der israelischen Armee, argumentierte, dass die Sicherheitsbeziehungen zwischen Israel und Marokko „eine neue Realität“ geschaffen hätten, die das Weiße Haus als Druckmittel gegen Madrid nutzen könne. Am 24. April berichtete *Reuters*, dass in einer internen E-Mail des Pentagons mögliche Maßnahmen gegen Verbündete aufgeführt worden seien, die sich der Iran-Kampagne widersetzten, darunter der Ausschluss Spaniens aus der NATO.

Dies war nicht mehr nur Druck auf Sánchez allein. Spanien wurde zu verstehen gegeben, dass seine Stützpunkte verlegt, seine Stellung in der NATO neu überdacht und seine strategische Rolle an Marokko übertragen werden könnten. Während Vertreter aus Washington den Ansprüchen Rabats auf Ceuta im Kongress Gehör verschafften, legten sie gleichzeitig dar, wie Spanien selbst auf der anderen Seite der Meerenge verdrängt werden könnte.

In den für diese Untersuchung geprüften öffentlichen Unterlagen taucht keine direkte Zahlung Marokkos an Rubin, das Middle East Forum oder das American Enterprise Institute auf. In den verfügbaren Steuererklärungen werden weder die marokkanische Regierung noch das Moroccan American Center for Policy als Finanzierungsquellen genannt. Rubins Artikel lassen sich daher nicht auf einen Auftrag aus Rabat zurückführen. Sie entsprangen einer pro-israelischen politischen Plattform, die bereits eigene Gründe gefunden hatte, Marokkos Anspruch gegenüber Spanien voranzutreiben.

Marokko bezahlte jedoch für seine Vertretung an anderer Stelle in Washington. Seine frühere Vereinbarung mit Brownstein Hyatt war im Oktober 2025 ausgelaufen, und ein neuer Vertrag über 780.000 Dollar trat am 13. März 2026 in Kraft – nur wenige Tage nach Rubins Artikeln. Brownstein wurde für 65.000 Dollar pro Monat beauftragt, Dienstleistungen in den Bereichen Regierungsbeziehungen und öffentliche Angelegenheiten zu erbringen, um die marokkanische Botschaft mit der US-Regierung zu vernetzen. Der nächste Bericht über die Arbeit des Unternehmens in den Monaten vor der Grenzüberquerung war zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Untersuchung noch nicht veröffentlicht worden. Rubin schrieb unterdessen auch nach der Grenzüberquerung weiter und forderte Washington erneut auf, die marokkanische Souveränität über Ceuta und Melilla anzuerkennen und Spanien für seine Haltung zu Gaza und zum Iran zu bestrafen.

Die politische Instrumentalisierung des marokkanischen Anspruchs wurde in den israelischen Medien bereits offen vorgeschlagen. Unter Berufung auf eine von *Ynet* veröffentlichte Analyse berichtete *Diario Socialista* Ende April, dass Israel seinen Einfluss in Washington nutzen könnte, um Marokko dabei zu unterstützen, seine Ansprüche auf Ceuta und Melilla durchzusetzen. Die vorgeschlagene Gegenleistung war eindeutig. Marokko würde für seine Annäherung an Israel belohnt, während Spanien für seine Haltung zu Iran, Palästina und der NATO bestraft würde. Das Argument stützte sich zum Teil auf Artikel 6 des Nordatlantikvertrags, dessen geografische Formulierung Ceuta und Melilla nicht ausdrücklich unter die kollektive Verteidigungsgarantie des Bündnisses stellt.

Dies war derselbe Deal, der auch anderswo Gestalt annahm. Díaz-Balart brachte Marokkos territoriale Prämisse im Kongress ein, Israel und Marokko hatten einen gemeinsamen militärischen Arbeitsplan unterzeichnet, und Kommentatoren in Washington stellten Rabat als den Partner dar, über den Spanien unter Druck gesetzt oder ersetzt werden könnte. In jedem Fall bot Ceuta dasselbe – eine Möglichkeit, Druck auf Spanien auszuüben, ohne es direkt zu konfrontieren.

Neun Tage nach Díaz-Balarts Interview mit *El Español* am 3. April, am 9. April, entzog Netanjahus Regierung Spanien den Zugang zur Einrichtung in Kiryat Gat im Rahmen des

von den USA geführten Zivil-Militärischen Koordinationszentrums (CMCC) und erklärte, Spanien werde für seine Haltung zum Gazastreifen „sofort einen Preis zahlen“. Doch Sánchez wich keinen Zentimeter zurück und forderte im Mai die Europäische Union auf, ihr Assoziierungsabkommen mit Israel vollständig zu kündigen.

Die bereits bestehende Struktur

Marokko ging mit einer etablierten militärischen Beziehung zu Israel ins Jahr 2026. Im Jahr 2021 unterzeichneten der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz und sein marokkanischer Amtskollege Abdellatif Loudiyi eine Absichtserklärung, die die Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste, militärische Beschaffungen, Ausbildung und gemeinsame Übungen umfasste. Im Januar 2026 hielten die beiden Länder in Tel Aviv die dritte Sitzung ihres Gemeinsamen Militärausschusses ab und unterzeichneten einen jährlichen Arbeitsplan.

Anfang 2026 hatte diese Zusammenarbeit zur Errichtung einer einsatzfähigen militärischen Infrastruktur auf marokkanischem Boden geführt. Das Luftabwehrsystem „Barak MX“ von Israel Aerospace Industries, das im Rahmen eines Vertrags im Wert von rund 500 Millionen US-Dollar erworben worden war, war in Dienst gestellt worden.

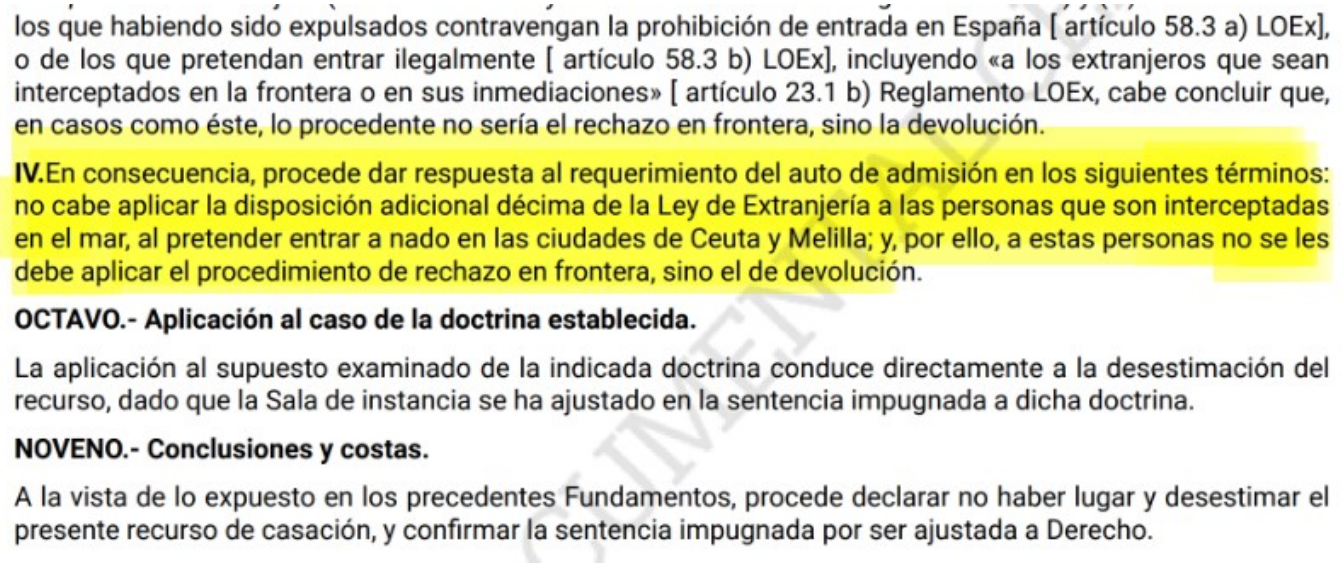
Medien aus dem Militärsektor, die sich auf Satellitenbilder stützten, darunter *Raksha Anirveda* und *Infodefensa*, lokalisierten das System auf einem neu errichteten Stützpunkt in der Nähe von Sidi Yahya el Gharb im Nordwesten Marokkos. Die Auslieferungen hatten 2023 begonnen, und bis 2026 war das System Teil eines mehrschichtigen marokkanischen Luftabwehrnetzes.

Marokko war ebenso fest in Washingtons regionales Sicherheitssystem eingebunden. Die Vereinigten Staaten hatten das Land 2004 zu einem wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten erklärt, stellen militärische Finanzmittel bereit und unterhalten umfangreiche Rüstungs- und Ausbildungsprogramme mit Rabat. Marokko ist zudem Gastgeber der jährlichen, von den USA geleiteten Übung African Lion, der größten Militärübung in Afrika.

Als die marokkanischen Kontrollen auf dem Weg nach Ceuta am 29. Juli nachließen, waren die militärischen und nachrichtendienstlichen Kanäle, die Rabat mit Tel Aviv und Washington verbinden, bereits aktiv. Der nächste Teil der Untersuchung befasst sich mit der Frage, ob über diese Kanäle in den Tagen vor der Überquerung mehr als nur routinemäßige Verteidigungszusammenarbeit stattfand.

Das Urteil, das eine Tür öffnete, und die Kampagne, die durch sie hindurchging

Spaniens Oberster Gerichtshof schuf den rechtlichen Rahmen für die Überquerung. Im Urteil 814/2026, das am 8. Juli veröffentlicht wurde, entschied er, dass summarische „Hot Returns“ *(Anm. d. Übers.: „Hot Returns“ bezeichnet die sofortige Zurückweisung von Migranten an der Grenze ohne individuelles Asylverfahren oder richterliche Prüfung.)* nicht gegen Migranten angewendet werden dürfen, die beim Schwimmen in Richtung Ceuta oder Melilla abgefangen werden, sondern nur gegen diejenigen, die beim Überklettern des Zauns erwischt werden. Das spanische Innenministerium erklärte, Schleuser und Gerüchte-Netzwerke hätten diese Unterscheidung zwischen See und Land direkt ausgenutzt, und in den meisten Medienberichten wurde das Urteil als unmittelbarer Auslöser dargestellt.



los que habiendo sido expulsados contravengan la prohibición de entrada en España [artículo 58.3 a) LOEx], o de los que pretendan entrar ilegalmente [artículo 58.3 b) LOEx], incluyendo «a los extranjeros que sean interceptados en la frontera o en sus inmediaciones» [artículo 23.1 b) Reglamento LOEx, cabe concluir que, en casos como éste, lo procedente no sería el rechazo en frontera, sino la devolución.

IV. En consecuencia, procede dar respuesta al requerimiento del auto de admisión en los siguientes términos: no cabe aplicar la disposición adicional décima de la Ley de Extranjería a las personas que son interceptadas en el mar, al pretender entrar a nado en las ciudades de Ceuta y Melilla; y, por ello, a estas personas no se les debe aplicar el procedimiento de rechazo en frontera, sino el de devolución.

OCTAVO.- Aplicación al caso de la doctrina establecida.

La aplicación al supuesto examinado de la indicada doctrina conduce directamente a la desestimación del recurso, dado que la Sala de instancia se ha ajustado en la sentencia impugnada a dicha doctrina.

NOVENO.- Conclusiones y costas.

A la vista de lo expuesto en los precedentes Fundamentos, procede declarar no haber lugar y desestimar el presente recurso de casación, y confirmar la sentencia impugnada por ser ajustada a Derecho.

Der Oberste Gerichtshof verlangte formelle Rückführungen bei Aufgriffen auf See. (Quelle: CENDOJ)

Übersetzung aus dem Spanischen: *„IV. Dementsprechend ist die in dem Beschluss zur Zulassung der Berufung aufgeworfene Frage wie folgt zu beantworten: Die zehnte Zusatzbestimmung des Einwanderungsgesetzes kann nicht auf Personen angewendet werden, die auf See aufgegriffen werden, während sie versuchen, in die Städte Ceuta und Melilla zu schwimmen; folglich dürfen diese Personen nicht dem Verfahren der Zurückweisung an der Grenze, sondern müssen dem Rückführungsverfahren unterzogen werden.“*

Das Urteil erläutert, wie eine Überquerung dieses Ausmaßes möglich wurde, nicht jedoch, warum die Grenze gerade zu diesem Zeitpunkt geöffnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine koordinierte Social-Media-Kampagne im Gange, Marokko hatte seinen Botschafter zurückgerufen, und sechs Monate lang ausgeübter Druck hatte die Frage um die Souveränität Ceutas mit Spaniens Positionen zu Iran, Gaza und der NATO vermischt.

Die Menschenmenge, die sich online versammelte

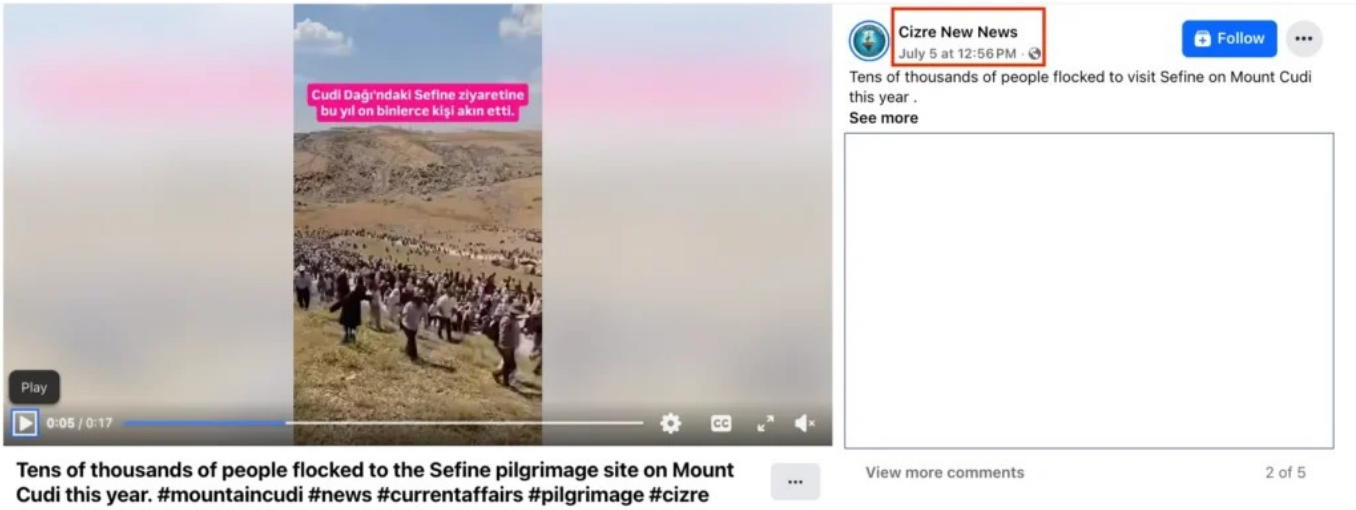
Bei den Überquerenden handelte es sich überwiegend um junge Männer und nicht um die gemischte Bevölkerungsgruppe aus Familien, die typischerweise mit Migrationskrisen in Verbindung gebracht wird. Viele waren auf falsche Behauptungen in sozialen Medien und *WhatsApp* hereingefallen, wonach Spanien die Grenze geöffnet habe; diese wurden durch öffentliche Facebook-Gruppen wie „Hraga Ceuta“ und „Haraga_ceuta“ weiterverbreitet. Die Mobilisierung begann online, nicht an der Grenze. Meta sperrte daraufhin fünf Facebook-Gruppen mit insgesamt mehr als 230.000 Mitgliedern, in denen Nutzer Routen, Informationen zur Ausrüstung, Telefonnummern und andere logistische Details austauschten. Vor der Massenüberquerung dokumentierte *CeutaTV* die Gruppe „Hraga Ceuta“, die damals mehr als 20.000 Mitglieder zählte und in der Google-Maps-Messungen rund um die Tarajal-Wellenbrecher, Anzeigen für Tauchflossen, Informationen über die Meeresbedingungen sowie Suchaufrufe nach Begleitern für die Überquerung geteilt wurden. *Brussels Signal* dokumentierte unabhängig davon dasselbe Material, darunter Schwimmstrecken, Neoprenanzüge, Tauchflossen, Taxirouten zur Grenze und die falsche Behauptung, die Grenze sei geöffnet worden.

Als die ersten Schwimmer das Wasser erreichten, hatte das Gerücht bereits seine Wirkung entfaltet. Tausenden war dieselbe Botschaft übermittelt worden, ihnen waren dieselben Routen gezeigt und mitgeteilt worden, welche Ausrüstung sie benötigen würden. Was an der Grenze folgte, hatte sich bereits seit Tagen online vor aller Augen zusammengebraut. Die Frage ist nicht mehr nur, wie sich die Überquerung verbreitete, sondern warum die online beschriebenen Bedingungen so genau mit denen übereinstimmten, die sich an der Grenze vorfanden.



Ein in der Facebook-Gruppe „Hraga Ceuta“ verbreitetes Google-Maps-Bild zeigt eine etwa 432 Meter lange Schwimmroute um den Tarajal-Grenzwellenbrecher herum – ein Beispiel für die Karten und logistischen Anleitungen, die vor der Massenüberquerung nach Ceuta geteilt wurden. (Quelle: CeutaTv)

Mindestens zwei virale Videos, die Menschenmengen an der Grenze zeigen, stammen nachweislich aus der Zeit mehrere Wochen vor der tatsächlichen Grenzüberquerung; zwei verschiedene Erkennungsprogramme stuften sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 81 bis 87 Prozent als KI-generiert ein; sowohl *Yahoo* als auch *Firstpost* berichteten über diese Überprüfung.



Ein virales Video von der Grenze wurde als wahrscheinlich KI-generiert gekennzeichnet. (Quelle: Leadstories)

Unabhängige Beobachter kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Riccardo Fabiani von der International Crisis Group erklärte, die Beweise deuteten auf gewisse offizielle Tätigkeiten marokkanischer Behörden hin, die darauf abzielten, eine Botschaft zu senden, und schloss nicht aus, dass damit versucht wurde, sich bei den Vereinigten Staaten beliebt zu machen, nachdem wochenlang Druck von pro-israelischen und amerikanischen rechten Kreisen in Bezug auf Ceuta ausgeübt worden war. Das ist zwar kein Beweis für eine operative Kontrolle von außen, aber es ist eine externe Einschätzung, dass die Überquerungen politisch motiviert wirkten und nicht bloß chaotisch.

Es war nicht das erste Mal, dass Rabat Migrationsdruck als diplomatisches Druckmittel einsetzte. Während eines Konflikts im Mai 2021, der durch die Entscheidung Spaniens ausgelöst wurde, den Führer der Polisario-Front *(Anm. d. Übers.: Die für die Unabhängigkeit der Westsahara von Marokko kämpft)*, Brahim Ghali, zur medizinischen Behandlung aufzunehmen, schienen die marokkanischen Behörden die Grenzkontrollen zu lockern, wodurch innerhalb von zwei Tagen rund 8.000 Menschen nach Ceuta einreisen konnten. Nachdem der Grenzübertritt begonnen hatte und Madrid den marokkanischen Botschafter zu einer Protestnote einbestellte, rief Rabat Botschafterin Karima Benyaich zu Konsultationen zurück. Eine Analyse von *Al Jazeera* aus dem Jahr 2026 führte diese Episode als Präzedenzfall an, um den Grenzübertritt im Juli 2026 als einen weiteren möglichen Versuch zu interpretieren, Druck auf Spanien auszuüben. Diese Episode erinnerte an den Mai 2021, als *Reuters* und andere Medien berichteten, dass die marokkanischen Behörden zuvor während eines diplomatischen Bruchs die Kontrollen gelockert hatten – was weithin als Vergeltungsmaßnahme für Spaniens Entscheidung gedeutet wurde, dem kranken Führer der Unabhängigkeitsbewegung der Westsahara eine Krankenhausbehandlung auf

spanischem Boden zu ermöglichen.

Sowohl *Le Monde* als auch *The Guardian* brachten die Möglichkeit zur Sprache, dass Rabat seine Kontrollen gelockert habe, um seinen Unmut über Sánchez' Besuch in Algerien, Marokkos wichtigstem regionalen Rivalen, zum Ausdruck zu bringen. Der Besuch diente der Wiederherstellung hochrangiger politischer Beziehungen und dem Ziel, über Medgaz – die direkte Unterwasserpipeline nach Spanien, die Marokko umgeht – zusätzliche algerische Gaslieferungen zu sichern. Der Grund für den Unmut waren also nicht entgangene Transiteinnahmen, sondern Madrids erneuerte strategische Partnerschaft mit Algier.

Die marokkanische Abgeordnete Lahcen Haddad bestritt, dass Rabat die Grenzüberquerung bei Ceuta inszeniert habe, doch sie verfehlt damit völlig den Kern der Sache. Eine direkte Inszenierung war nicht notwendig, da Marokko Druck ausüben konnte, indem es einfach die normalerweise durchgesetzten Grenzkontrollen aussetzte. Spaniens erneute Beziehungen zu Algerien trugen sicherlich zu den politischen Missständen bei, die hinter diesem Druck standen, auch wenn algerisches Gas Spanien über eine Pipeline erreichte, die Marokko vollständig umging, was ihr Argument sehr kurzsichtig erscheinen lässt.

Zusammenfassend haben wir zwei Grenzöffnungen im Abstand von fünf Jahren identifiziert, die auf spanische Entscheidungen folgten, gegen die Rabat Einwände erhob, und in beiden Fällen verzichtete Marokko auf die Durchsetzung der Maßnahmen, mit denen es routinemäßig Ausreisen verhinderte, und machte die Migration so zu einem Instrument staatlichen Drucks gegen Madrid.

Israel distanzierte sich öffentlich von den territorialen Ansprüchen Marokkos. Ende April erklärte Dana Erlich, die israelische Botschafterin in Madrid, ihre Regierung „denke nicht daran", Rabats Ansprüche auf Ceuta und Melilla zu unterstützen, und bezeichnete das Thema als irrelevant für Israels unmittelbare Prioritäten. Diese Zurückweisung bezog sich eng auf die damalige Position der Regierung und ging nicht auf die umfassendere politische und militärische Annäherung zwischen Israel und Marokko ein. Als Danny Danon die Städte anschließend als „koloniale Enklaven" bezeichnete, konnte Israel seine Äußerung als persönliche Position eines Politikers darstellen, der schon seit Langem dafür bekannt ist, Netanjahu herauszufordern. Netanjahu entließ Danon 2014 als stellvertretenden Verteidigungsminister, nachdem dieser die Gaza-Strategie der Regierung öffentlich kritisiert hatte, und Danon trat 2007 und 2014 gegen Netanjahu um den Vorsitz des Likud an.

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Spain, which never misses an opportunity to lecture Israel, has declared a state of emergency in Ceuta following the crisis over its immigration policy.
>
> Maybe before it continues lecturing us, it's time it explained to the world why it still maintains colonial enclaves in…
>
> — Danny Danon □□ □□□□ □□□ (@dannydanon) July 30, 2026

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Doch die Distanzierung der Regierung von Danons Wortwahl beantwortet nicht die zentrale Frage, die diese Untersuchung aufwirft. Seine Äußerung verstärkte eine Kampagne, die bereits von Marokkos Befürwortern in Washington vorangetrieben wurde, und erfolgte parallel zu einer sich vertiefenden militärischen Zusammenarbeit zwischen Israel und Marokko, was es Israel ermöglichte, eine offizielle Politik zu leugnen, während einer seiner prominentesten Diplomaten denselben Druck auf Spanien verstärkte.

Die Meerenge, über die niemand sprechen wollte

Ceuta liegt an der Straße von Gibraltar, einem Korridor, den Washington seit Jahrzehnten als strategische Lebensader betrachtet. Ein freigegebener Bericht des Außenministeriums bezeichnete Gibraltar als „die wichtigste Meerenge der Welt" und warnte, dass der spanische Widerstand gegen den freien Transit die strategische Mobilität bedrohe, auf der die westliche Verteidigung beruhe. Ein vom Justizministerium vorgelegter Bericht über die Beziehungen zwischen den USA und Gibraltar dokumentiert die Nutzung Gibraltars durch amerikanische Schiffe während der Operationen „Desert Shield" und „Desert Storm" durch Reserveschiffe, die auf dem Weg in den Nahen Osten auftankten, sowie durch US-Angriffs-U-Boote während der Intervention in Libyen im Jahr 2011.

In amerikanischen strategischen Abhandlungen wurde Gibraltar ebenfalls als lebenswichtiger Mittelmeerhafen für US-Atom-U-Boote identifiziert, wobei argumentiert wurde, dass die britische Kontrolle Washingtons Zugang vor den politischen Einschränkungen schützt, die die spanische Souveränität auferlegen könnte. Ceuta liegt am

gegenüberliegenden Ufer derselben Meerenge.

Seine Souveränität ist daher kein Randstreit am südlichen Rand Europas, sondern Teil der politischen Geografie rund um einen Korridor, der für die amerikanischen Militärbewegungen zwischen dem Atlantik, dem Mittelmeer und dem Nahen Osten von zentraler Bedeutung ist. Der Druck auf Ceuta lässt sich nicht von der strategischen Wasserstraße daneben trennen – oder von den Interessen der Mächte, die darauf angewiesen sind, dass sie offen bleibt.

Diese Gefahr wurde im März 2026 Realität, als Spanien Washington die Nutzung von Rota und Morón für Operationen gegen den Iran verweigerte und später seinen Luftraum für die beteiligten US-Flugzeuge sperrte, wodurch diese gezwungen waren, spanisches Hoheitsgebiet zu umfliegen. Am 16. April, mehr als drei Monate vor der Überquerung von Ceuta, erklärte US-Botschafter Mike Waltz vor den Vereinten Nationen, dass Gibraltar, Hormus, die Beringstraße und Malakka internationale Seewege seien, die „zu wichtig sind, um blockiert, vermint, als Waffen eingesetzt oder als Geiseln genommen zu werden“. Bis Mitte Juli hatte der Iran die Huthi aufgefordert, sich auf die Sperrung von Bab el-Mandeb vorzubereiten, wo bereits Raketen und Drohnen stationiert worden waren, während der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus weiterhin stark eingeschränkt blieb. Gibraltar hatte somit genau in dem Moment an Bedeutung gewonnen, als Madrid deutlich machte, dass der Zugang der USA über Spanien nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden könne.

Eine Grenze, die nicht nur Spanien gehört

Sollte Ceuta militärisch bedroht werden, würde Spanien es als souveränes Territorium verteidigen. Die rechtliche und strategische Realität ist jedoch komplizierter. Der NATO-Gründungsvertrag beschränkt den geografischen Geltungsbereich von Artikel 5 auf die Hoheitsgebiete der Mitglieder in Europa und Nordamerika, die Türkei sowie bestimmte nordatlantische Inseln, wodurch Ceuta und Melilla außerhalb der ausdrücklichen kollektiven Verteidigungsgarantie liegen. Jede Reaktion der Alliierten würde daher eher von einer im Konsens getroffenen politischen Entscheidung als von einer eindeutigen vertraglichen Verpflichtung abhängen. Rubin, Díaz-Balart, Ayoub und andere bauten ihre Argumente opportunistisch auf dieser Schwachstelle auf.

Folglich bot Ceuta eine Möglichkeit, die spanische Souveränität in Frage zu stellen, Madrids militärische Ressourcen zu belasten und Spaltungen innerhalb der NATO aufzudecken, ohne direkt Spanien in seinem Kernterritorium zu konfrontieren, dessen kollektive Verteidigung eindeutig garantiert war.

Was die Akten zeigen

Bis zum 30. Juli waren die Voraussetzungen, um Spanien in Bezug auf Gaza und den Iran unter Druck zu setzen, bereits seit Jahren öffentlich und namentlich geschaffen worden. Yair Netanjahu schlug den Tausch bereits 2019 vor. Ben Gvir probte 2025 den Einsatz von Migration als Strafmaßnahme und wiederholte dies während der Überquerung selbst. Rubin beschrieb daraufhin die Methode, die vor Ort zum Tragen kam, und forderte eine unbewaffnete Massenbewegung nach Ceuta unter dem Schutz der territorialen Unklarheit der NATO. Sechs Wochen später verankerte Díaz-Balart Marokkos Anspruch in einem offiziellen Kongressbericht, während Lindsey Graham, Robert Greenway und ein durchgesickertes Planungsdokument des Pentagons die Kampagne aus den Thinktanks in die Maschinerie der amerikanischen Macht trugen. Netanjahus Regierung warnte, Spanien werde einen „unmittelbaren Preis“ zahlen, als Israel und Marokko mit einem unterzeichneten militärischen Arbeitsplan und einer in Sidi Yahya, etwa 200 Kilometer südwestlich von Ceuta, stationierten israelischen Barak-MX-Luftabwehrbatterie ins Jahr 2026 starteten.

Dann öffnete sich die Grenze und Marokko kontrollierte das Tor, während Washington und Jerusalem über die Überwachungskapazitäten verfügten, um die sich versammelnde Menschenmenge zu beobachten, über die strategischen Beziehungen, um zu verstehen, was Rabat tat, und über allen Grund, den Druck zu erkennen, den es auf Madrid ausübte.

Dennoch verurteilte keiner von beiden Marokko. Ihr Zorn richtete sich weiterhin gegen Spanien, während israelische Beamte den Grenzübertritt nutzten, um dieselben Argumente zu Migration, Gaza und der marokkanischen Souveränität zu wiederholen, die bereits zuvor vorgebracht worden waren. Das Ereignis folgte dem Drehbuch zu genau, um als isoliertes Grenzversagen abgetan zu werden. Spanien war bedroht worden, die Vorgehensweise war bekannt, und Marokko verfügte bereits über den Hebel und die Sicherheitsarchitektur, als der versprochene Druck genau an dem Punkt eintraf, an dem das spanische Territorium am stärksten gefährdet war.

Koordination hinterlässt nicht immer einen unterzeichneten Befehl; tatsächlich benötigen Staaten, die aufgrund konvergenter Interessen zusammenarbeiten, selten einen solchen. Was sie brauchen, ist ein gemeinsames Ziel, kompatible Motive, ein verfügbares Instrument und das Vertrauen, dass die anderen sich nicht einmischen werden. Im Juli 2026 verfügten Washington, Jerusalem und Rabat über alle vier.

Die Menschenmenge, die nach Ceuta eindrang, trug mehr als nur die Dynamik der Überquerung in sich. Sie war der konkrete Ausdruck einer Druckkampagne, die

bereits ausgearbeitet, vorangetrieben und in die offizielle Politik umgesetzt worden war, noch bevor die erste Person den Zaun erreichte.

Dieser Artikel erschien ursprünglich am 4. August 2026 bei 21st Century Wire, einer unabhängigen englischsprachigen Newsplattform für investigativen Journalismus und geopolitische Analysen. Gründer und Chefredakteur ist der preisgekrönte US-amerikanische Investigativjournalist und geopolitische Analyst Patrick Henningsen.

Titelbild: Screenshot Channel 4 News (0:01)

Mehr zum Thema:

Ceuta – an Pedro Sanchez wird ein Exempel statuiert